

# Allgemeine Forderungen des Personals der öffentlichen und halböffentlichen Dienste des Kantons Freiburg für den Feministischen Streik 2023.

**Die Mobilisierung zum Feministischen Streik 2023 soll dazu dienen, für eine echte Gleichstellung am Arbeitsplatz zu kämpfen.**

## **0% Lohnungleichheit beim Staat Freiburg.**

Derzeit wird die Bundesverfassung mit der sogenannten "unerklärbaren" Lohnungleichheit von 1,1% , die die reine Diskriminierung der Frauen gegenüber den Männern darstellt, nicht eingehalten.

Der Staat Freiburg kommuniziert nicht über die sogenannte "erklärbare" Lohndiskriminierung, die sich durch die Ausbildung, den Beschäftigungsgrad, die ausgeübten Funktionen und den beruflichen Werdegang "rechtfertigen" lässt. Dabei sind laut dem Statistischen Jahrbuch des Staates 2022 die Arbeitnehmerinnen im Staat Freiburg in der Mehrheit, sie stellen mehr als 62 % des Personals. 3/4 der Frauen arbeiten Teilzeit, während 1/4 Vollzeit arbeitet. Umgekehrt arbeiten 2/3 der Männer zu 100 % und 1/3 in Teilzeit. Frauen besetzen die am schlechtesten bezahlten und bewerteten Funktionen. Der Nettolohn der Frauen im öffentlichen und halböffentlichen Dienst in Freiburg liegt daher weit unter dem der Männer.

**Die nachfolgend vorgeschlagenen Massnahmen zielen darauf ab, die sogenannte "erklärbare" Lohnungleichheit zu verringern:**

## **Ein monatlicher Mindestlohn von 4500.- Fr..**

Der monatliche Einstiegslohn für 100% darf nicht unter 4500.- Fr. liegen, unabhängig von der ausgeübten Funktion. Die generelle Aufwertung der Stundenlöhne für die untersten Lohnklassen ist eine Notwendigkeit.

## **Lohnaufwertung in den Gesundheitsberufen.**

Der VPOD hat zahlreiche formelle Aufwertungsanträge gestellt, die in den Schubladen des Staates liegen bleiben. Krankenschwestern, FAGE, Hebammen, MTRAs, FAGEs sind "wesentliche" Berufe, deren Aufwertung notwendig ist, um den Mangel an Pflegepersonal zu beheben. Das Personal fordert die Aufwertung aller Gesundheits- und Pflegeberufe und generell der sogenannten "wesentlichen" Berufe, sowie eine Erhöhung der Mittel für den Gesundheitsbereich (HFR, Pflegeheime, Spitex).

## **Aufwertung der Zulagen für besondere Arbeitszeiten.**

Der Lohnausgleich für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit muss erhöht werden. Eine Zulage für Samstagarbeit soll eingeführt werden.

## Elternurlaub von einem Jahr.

Das Personal des Staates und der subventionierten halbstaatlichen Dienste soll einen Elternurlaub von einem Jahr erhalten, der mindestens sechs Monate Urlaub für die Mutter und zwei Monate für den Co-Elternteil umfasst.

## Alle Gehaltsstufen werden bei einer Unterbrechung wegen Kinderbetreuung gewährt.

Um Mütter nicht zu benachteiligen, die immer noch in der Mehrheit sind, wenn sie ihre berufliche Laufbahn für die Kindererziehung "pausieren", müssen sie bei Wiedereinstieg in den Beruf den Lohnanstieg erhalten, der ihnen ohne Arbeitsunterbrechung zugestanden hätte.

## Schaffung eines öffentlichen Dienstes für Kleinkinder.

Aufbau eines echten Betreuungsnetzes durch die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen mit angepassten Öffnungszeiten in staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen. Die Betreuungsplätze müssen öffentlich und nicht privat sein und gute Arbeits- und Betreuungsbedingungen garantieren.

## Re-Internalisierung von Dienstleistungen außerhalb des Staates.

Reinigungsdienste, Kindertagesstätten, Wäschereien müssen öffentliche Dienstleistungen sein, die gute Arbeitsbedingungen und eine gute Versorgung garantieren.

## Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust.

Studien belegen die Vorteile einer Umstellung auf eine Vier-Tage-Woche. Das Personal braucht mehr Zeit zum Leben.

## Einrichtung einer Beobachtungsstelle für Gewalt und Belästigung.

Diese Stelle, die dem Personal der öffentlichen und halböffentlichen Dienste Freiburgs zur Verfügung steht, muss die vom Personal erlebte Gewalt aufdecken und öffentlich darüber berichten können. Zahlen über die vom Personal erlebte Gewalt zu erhalten und die konkreten Situationen zu kennen, ist von entscheidender Bedeutung, um Maßnahmen zur Beseitigung sexistischer und sexueller Gewalt am Arbeitsplatz ergreifen zu können.

## Kostenlose Bereitstellung von Monatsbinden.

Alle Arbeitnehmerinnen ? des öffentlichen und halböffentlichen Dienstes im Kanton Freiburg müssen an ihrem Arbeitsplatz kostenlos über Monatshygieneprodukte verfügen können.

